

Inhalt

Vorwort der Herausgeberin

Franziska Schröter	13
------------------------------	----

1 Hinführung zur Mitte-Studie 2020/21

1.1 Die gefährdete wie geforderte Mitte in Zeiten einer Pandemie	17
---	----

Andreas Zick

Gefährdungen und Herausforderungen der Mitte	17
Die Mitte in der Pandemie	20
Mit Wut und Hass in die Krise	24
Die Themen der Mitte-Befragung 2020/21	28

1.2 Methodik und Design der Mitte-Studie 2020/21	32
--	----

Maike Rump · Astrid Mayerböck

Stichprobenziehung	33
Gewichtung	35
Zusammensetzung der Stichprobe	37
Auswirkungen des Lockdowns auf die Datenerhebung	37
Fortschreibung der Langzeitbeobachtung von Gruppen- bezogener Menschenfeindlichkeit (GMF), sozialer Erwünsch- theit, »weiß nicht«, keine Angabe als Antwortoption	40

2 Volkes Stimme – antidemokratische und populistische Einstellungen

Beate Küpper · Wilhelm Berghan · Andreas Zick · Maike Rump 43

2.1	Grundpfeiler und populistische Gefährdungen der Demokratie	43
2.2	Was kennzeichnet Populismus?	44
2.3	Populismus als Herausforderung für die Demokratie	47
2.4	Einstellungen zur Demokratie – empirische Befunde	48
2.5	Erfassung populistischer und rechts- populistischer Einstellungen	51
2.6	Verbreitung (rechts-)populistischer Einstellungen in der Bevölkerung	57
2.7	(Rechts-)populistische Einstellungen nach politischer Selbstpositionierung	60
2.8	Wie (rechts-)populistische mit rechtsextremen Einstellungen und jenen zur Demokratie zusammenhängen	62
2.9	(Rechts-)Populismus und Gewalt	64
2.10	(Rechts-)Populismus und die Wahrnehmung von Bedrohungen	67
2.11	Populistische Einstellungen in Deutschland öffnen die Mitte für antidemokratische Ideologien	70

3.0 Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte 2020/21

Beate Küpper · Andreas Zick · Maike Rump 75

3.0.1	Rechtsextremismus in seiner sichtbarsten Erscheinungsform	75
3.0.2	Das Phänomenfeld Rechtsextremismus	79
3.0.3	Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte 2020/21	84
3.0.4	Zeitliche Entwicklungen rechtsextremer Einstellungen	90
3.0.5	Rechtsextreme Einstellungen in demografischen Gruppen	91
3.0.6	Schlussbetrachtung zu den Befunden	107

3.1 Menschenfeindliche Orte – Regionale Ausprägungen rechtsextremer Einstellungen in Deutschland

Yann Rees · Jonas H. Rees · Andreas Zick 112

3.1.1 Einleitung 112

3.1.2 Regionale Faktoren und rechtsextreme Einstellungen
und Handlungen 113

3.1.3 Kontakterfahrungen oder Bedrohung? Ausländer_innenanteil
als regionaler Einflussfaktor für rechtsextreme Einstellungen 113

3.1.4 Darstellung und Analyse der Ergebnisse 116

3.1.5 Regionalpolitisches Klima und rechtsextreme Einstellungen 121

3.2 Misstrauen gegenüber Medien zwischen Populismus, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus

Yann Rees · Michael Papendick 123

3.2.1 Öffentlich-rechtliche Medien in Deutschland 123

3.2.2 Misstrauen gegenüber (öffentlich-rechtlichen) Medien
und Rechtspopulismus 124

3.2.3 Misstrauen gegenüber Medien: Messung und
deskriptive Auswertungen 125

3.2.4 Medienmisstrauen und rechtspopulistische und
rechtsextreme Einstellungen 126

3.2.5 (Öffentlich-rechtliche) Medien unter Druck? 128

3.3 Vereinssport in rechtsextremer und menschenfeindlicher Gesellschaft

Hannes Delto · Andreas Zick 130

3.3.1 Homogenität und Bedrohungswahrnehmung im Vereinssport 131

3.3.2 Rechtsextreme Einstellungen unter den Sportvereinsmitgliedern
in der Mitte 134

3.3.3 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Einstellungen
zu Demokratie, kultureller Vielfalt und Diskriminierung 136

3.3.4 Fazit 138

4 Menschenfeindlicher Rassismus und Ungleichwertigkeitszuschreibungen

Andreas Zick	141
4.1 Gewalt und Hass, die Rassismus an die Oberfläche spülen	141
4.2 Rassismus, Vorurteile und Menschenfeindlichkeit	145
4.3 Rassistische Einstellungen gegen Schwarze Menschen in der Mitte 2021	150
4.4 Bigotterie in der Mitte?	158
4.5 Soziale und ideologische Einflüsse auf rassistische Einstellungen gegen Schwarze Menschen	161
4.6 Rassismus, Macht und radikal rechte Orientierungen	166
4.7 Die Mitte zwischen Bewusstseinsbildung, Bigotterie und Rassismus – ein Fazit	166

5 Alltagsrassismus: weit mehr als nur die Frage nach der Herkunft

Souad Lamroubal	173
5.1 Facebook: Ein Spiegelbild der Mitte?	174
5.2 Ein Alltag. Eine Mutter. Ein Kampf zwischen Hoffnung, Resignation und Machtlosigkeit	175
5.3 Rechtfertigen, beweisen und ausreichend bemühen!	176
5.4 Alltagsrassismus sichtbar machen als Zeichen gesellschaftlichen Zusammenhaltes	178
5.5 Die schmerzlichste Perspektive	179

6 Herabwürdigungen und Respekt gegenüber Gruppen in der Mitte

Andreas Zick	181
6.0 Einleitung	181
6.1 Konzepte und Veränderungen der Erfassung	183
6.2 Vorurteile in der Mitte: Verteilungen und Trends	187
6.3 Demografie der Menschenfeindlichkeit	193
6.4 Zusammenhalt, Vielfalt und Vorurteile – oder das Zusammenhaltsparadox	196
6.5 Menschenfeindlichkeit, politische Ideologien und Gewalt	201
6.6 Warum Antisemitismus?	206
6.7 Zwischen Toleranz und Herabwürdigung – ein Fazit	208

7 Wahlmisstrauen und menschenfeindliche Einstellungen

Maïke Rump · Beate Küpper	213
7.1 Einleitung	213
7.2 Sonntagsfrage: Wie wählt die Mitte?	215
7.3 Vertrauen in den korrekten Ablauf der Wahlen	217
7.4 Die AfD als Partei wie jede andere?	221
7.5 Schlussbetrachtung	223

8.0 Rechtsextreme Widerstandspostulate und völkisch-autoritäre Rebellion

Alexander Häusler · Beate Küpper	225
8.0.1 Politischer Einfluss und Druck von rechts außen	225
8.0.2 Völkisches Revival und rechter Kulturkampf	227
8.0.3 Neue rechte Bewegungen und die AfD	229
8.0.4 Rechter Aufstand im Ausnahmezustand	232
8.0.5 Völkisch-autoritär-rebellische Einstellungen in der Mitte 2020/21	235

8.0.6 Zusammenhängendes Muster völkisch-autoritär-rebellischer Einstellungen	240
8.0.7 Zusammenhang mit rechtsextremen Einstellungen	242
8.0.8 Determinanten völkisch-autoritär-rebellischer Ansichten und Bezüge zur Coronapandemie	242
8.0.9 Schlussbetrachtung	244

8.1 Antigenderismus: Ideologie einer »natürlichen Ordnung« oder Verfolgungswahn?

Nico Mokros · Maïke Rump · Beate Küpper	246
---	-----

8.1.1 Einleitung	246
8.1.2 »Gender Trouble« in der Mitte	248
8.1.3 Gender als erweitertes Konfliktfeld	250
8.1.4 Erfassung und Verbreitung von Antigenderismus in der Mitte-Studie 2020/21	253
8.1.5 Zusammenhänge mit Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus	257
8.1.6 Zusammenhänge mit Verschwörungsglauben, Rechtspopulismus und Gewalt	259
8.1.7 Fazit und Ausblick	260

8.2 Propagandafeld: Klima

Fritz Reusswig · Beate Küpper · Maïke Rump	262
--	-----

8.2.1 Energie- und Klimapolitik als Themenfeld rechter und rechtspopulistischer Diskurse	262
8.2.2 Warum das Themenfeld Klima/Energiewende von rechts außen aufgegriffen wird	263
8.2.3 Einstellungen zu Klimawandel und Energiewende in der Bevölkerung	269
8.2.4 Zusammenhangsmuster energie- und klimapolitischer Einstellungen	272

8.2.5 Zusammenhänge zwischen Einstellungen, die auf Klima und Energiewende bezogenen sind, und rechtspopulistischen sowie rechtsextremen Einstellungen	274
8.2.6 Zusammenfassung und Ausblick	279

9 Gefährliche Mythen: Verschwörungserzählungen als Bedrohung für die Gesellschaft

Pia Lamberty · Jonas H. Rees	283
9.1 Einleitung	283
9.2 Die Psychologie hinter dem Glauben an Verschwörungen	285
9.3 Konsequenzen von Verschwörungsideologien	287
9.4 Verbreitung von Verschwörungsmythen in der Mitte	288
9.5 Verschwörungserzählungen über die Covid-19-Pandemie	292
9.6 Verschwörungsmentalität und politische Selbstpositionierung	295
9.7 Verschwörungsmentalität und Gewaltbilligung	297
9.8 Fazit und Ausblick	298

10 Im Einklang mit der Gesellschaft? Mentalisierung als Kompetenz der Mitte

Nora Rebekka Krott · Klaus Michael Reininger	301
10.1 Vermittlungsfähigkeit als Kompetenz der Mitte	302
10.2 Mentalisierungsfähigkeit als psychologische Basis von Vermittlung	303
10.3 Mentalisierung unter den Befragten	304
10.4 Mentalisierung als Vermittlungskompetenz der demokratischen Mitte	305
10.5 Mentalisierung als Schutzfaktor vor antidemokratischem Denken, Fühlen und Handeln	308
10.6 Fazit	308

11 Politische Bildung als Transmitter der Demokratie: Demokratie muss man machen – Neun Appelle zur politischen Bildung

Sabine Achour	311
11.1 Einstellungsmodifikationen: Erinnerung an eine andere politische Kultur? Politische Bildung als Daueraufgabe, nicht als Feuerwehr	312
11.2 Die Mitte zwischen Toleranz und Menschenfeindlichkeit: Politische Bildung als antirassistische Bildung	313
11.3 Rechtspopulismus: Rechtsextreme Vermischung und Verhärtung – Von der Extremismusprävention zur politischen Bildung für die Mitte	315
11.4 Antidemokratischer Cocktail von Verschwörungsglauben und (neu-)rechten Einstellungen: Aufklärung gegen die rechte Märchenwelt	318
11.5 Zwischen Ambivalenzen und Bigotterie: Vielfalt und Konflikte anerkennen – Perspektiven greifbar machen	320
11.6 Bildungsabhängigkeit demokratischer Einstellungen: Gegen die strukturellen Zugangsbarrieren zur politischen Bildung – »von Anfang an«	321
11.7 Wider die politische Ohnmacht: Politische Bildung, wo sie gebraucht wird – aufsuchend und sozialräumlich	323
11.8 Soziale Spaltung, Klimawandel, völkisch-autoritäre Rebellion, Antisemitismus: Heute mit politischer Bildung gegen menschenfeindliche Kriseneffekte von morgen	325
11.9 Neurechte Akteure »politischer Bildung«: Rückkehr und Solidarität der Etablierten	327

Anhang

Glossar statistischer und methodischer Begriffe	332
Literatur	339
Die Autorinnen und Autoren	371

1 Hinführung zur Mitte-Studie 2020/21

Andreas Zick

1.1 Die gefährdete wie geforderte Mitte in Zeiten einer Pandemie

Gefährdungen und Herausforderungen der Mitte

Wie verbreitet sind rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in der Mitte? Das ist die Forschungsfrage der Mitte-Studien. Sie basiert auf einer zentralen Annahme zum Zustand der demokratischen Gesellschaft und Kultur: Wenn Menschen in der Mitte rechtsextreme Einstellungen verbreiten oder mit ihnen mehr oder weniger sympathisieren, dann ist die Demokratie in Gefahr. Sie wird brüchig, in Teilen vielleicht sogar zerstört. Dies zu prüfen beziehungsweise sich über diese Frage Gewissheit zu verschaffen, muss für Menschen, die sich der Mitte zuordnen, wichtig sein, auch wenn es unbequem und schmerzhaft ist, damit konfrontiert zu werden. Mit Blick auf den Rechtsextremismus scheint das klar zu sein. Es gibt aber noch eine ganze Reihe anderer demokratiegefährdender Einstellungen, die loser oder gar nicht mit rechtsextremen Einstellungen einhergehen, aber ähnliche Wirkungen erzeugen. Je nach den gesellschaftlichen Zuständen und Entwicklungen – und das heißt vor allem bei schweren gesellschaftlichen Krisen – ist es für Demokratien wichtig zu wissen, wo sie instabil werden, wo ihre Verfasstheit infrage gestellt wird und sich der Grundkonsens über Normen in der Mitte so verschiebt, dass Menschen nicht mehr hinreichend geschützt und respektiert werden. Die Diskussionen während der Coronapandemie über die Würde von Menschen, ihren Schutz, über Freiheitseinschränkungen, Eingrenzungen und den Lockdown oder auch die Proteste gegen die Regierung haben deutlich gemacht, wie zentral die Frage der Gefährdung von Demokratien ist. Schließlich sind sie Krisengebilde und leben von der ständigen Aushandlung von Konflikten um Identitäten, Ressourcen und Interessen, die jedoch so reguliert werden müssen, dass sie den Grundkonsens über die Rechte von Einzelnen und Gruppen nicht beschädigen (Vorländer 2020; Zick 2021).

Der Rechtsextremismus ist die wohl größte Herausforderung für die Demokratie, was die Gefährlichkeit anderer Extremismen nicht schmälert. Vom Rechtsextremismus geht jedoch im besonderen Maße eine gewalttätige Bedrohung der Demokratie aus. Zudem erreicht er die Mitte stärker. Rechtsextreme nehmen für sich in Anspruch die Mitte zu sein, oder sie suchen mit ihrer Propaganda die Mitte, rekrutieren in der Mitte und schlagen Brücken über den Rechtspopulismus. Auf den Demonstrationen gegen die Coronaregeln wird leicht sichtbar, wie verbunden Rechtspopulist_innen, Rechtsextreme, Coronaleugner_innen und Menschen aus der Mitte beieinanderstehen. Für die Demokratie aber weitaus gefährlicher ist es, wenn ganz unabhängig von einer Einflussnahme von außen Menschen in der Mitte rechtsextreme Orientierungen aufweisen. Rechtsextremismus ist eine Gefährdung für und in der Mitte und damit eine besondere Herausforderung, damit umzugehen.

Zu den Gefährdungen gehören auch Einstellungen, die die Grundprinzipien des demokratischen Ausgleichs infrage stellen, wie die, die auf Verschwörungsmythemen basieren. Die aktuellen Coronaproteste sind auch dafür ein sichtbarer Ausdruck. Die Erstürmung der Treppe des Reichstagsgebäudes am 29. August 2020 durch rechtsextreme, rechtspopulistische und verschwörungsorientierte Gruppen, die die Demonstrationen gegen die Coronaregeln organisierten, schockierte die Öffentlichkeit. Daran mögen besonders radikalisierte und in weiten Teilen rechtsextreme Menschen beteiligt gewesen sein. Aber vor dem Parlament und auf den vielen Coronademonstrationen bildeten sich Gruppen, deren Angehörige größtenteils aus der Mitte kommen und immer stärker zur Demokratie auf Distanz gehen, ja sogar extremistische Haltungen akzeptieren (vgl. Nachtwey, Schäfer & Frei 2020).

Zugleich wurde mit der Pandemie eine weitere Gefahr sichtbar, ohne die es alle zuvor genannten ideologischen Orientierungen nicht gäbe. Denn diese basieren auf bestimmten Feindbildern, richten sich gegen Minderheiten und zunehmend gegen Repräsentant_innen und Schützer_innen der Demokratie sowie gegen Wissenschaftler_innen und solche, die als Andersgläubige etikettiert werden. Die Herabwürdigung von Menschen und Gruppen aus der Mitte heraus ist eine dauerhafte Gefährdung der Demokratie. Vorurteile und Rassismus sind Ausdruck einer Menschenfeindlichkeit, die dem Grundkonsens der Demokratie

widerspricht und zugleich die Diskriminierung, Verfolgung oder Schädigung von anderen, ja sogar deren Vernichtung rechtfertigt. Wird sie in der Mitte geteilt, dann destabilisiert sich die Demokratie, auch wenn viele Menschen erklären, wie wichtig und gut sie sei.

Die Mitte-Studien geben Auskunft über die Verbreitung und Hintergründe rechtsextremer wie demokratiegefährdender Einstellungen anhand der Daten einer repräsentativ befragten Stichprobe der Gesellschaft (zur Methodik → Kap. 1.2, S. 32 ff.). Sie berücksichtigen dabei die unterschiedlichen politischen Orientierungen und Positionierungen der Befragten sowie ihre sozialen und kulturellen Hintergründe. Diese spiegeln Erfahrungen und Wahrnehmungen wider, die Menschen in der Mitte machen. Einstellungen drücken Denkweisen wie auch Gefühle, Emotionen und Verhaltensorientierungen aus.¹ Es sind Urteile, die Menschen mit anderen teilen und austauschen und die sie miteinander verbinden. Sie sind Ausdruck der Verarbeitung gesellschaftlicher Realitäten und Veränderungen und filtern diese Realität. Demokratiegefährdende Einstellungen werden besonders dann aktiviert und führen zu einer Radikalisierung, wenn Menschen meinen, sie hätten die Kontrolle verloren, ihre Bezugsgruppen wären bedroht, sie verlören etwas oder hätten einen Anspruch auf mehr Einfluss und Macht. Gesellschaftliche Krisen und Konflikte spielen dabei eine große Rolle. Sie erhöhen den Wunsch nach geteilter Sicherheit und Kontrolle, nach Zugehörigkeit, nach Erklärungen für Veränderungen sowie nach Vertrauen, wenn Misstrauen herrscht. Extremistische wie populistische Ideologien versuchen, vor allem solche Motive und Identitäten zu befriedigen, die mit realen oder imaginierten Gruppen verbunden sind (Zick 2020).

Die genannten Gefährdungen der Mitte und der Demokratie sind ständige Bedrohungen. Rechtsextremismus, Rechtspopulismus, Verschwörungsglauben wie auch demokratieablehnende Einstellungen sind langfristige und permanente Herausforderungen, weil Demokratien hohe Toleranzschwellen haben und darauf angewiesen sind, aus sich selbst heraus die Gefahren zu erkennen. Allerdings gibt es dabei auch Zeiten, in denen die gesellschaftlichen Umstände stärker darauf einwirken und es Extremist_innen, Populist_innen und Demo-

1 Zum Einstellungskonzept vgl. Zick (2014).

kratiefeind_innen leichter machen, die Mitte zu beeinflussen und die Mitte anfälliger ist, die Grundnormen und -werte der Demokratie infrage zu stellen. Zeiten ökonomischer und politischer Krisen gehören dazu. Umweltkatastrophen oder Pandemien gehören ebenso dazu, weil sie mit ökonomischen und politischen Krisen einhergehen.

Die Befragung der Mitte in der Mitte-Studie 2020/21 fiel in eine solche historisch einmalige Krisensituation.

Die Mitte in der Pandemie

Die Mitte in Deutschland war und ist zum Zeitpunkt der vorliegenden Buchpublikation seit mehr als einem Jahr belastet von einer Pandemie mit mehr als 3 Millionen Infizierten, fast 90.000 Todesfällen, einer Zeit ständig wechselnder und kaum nachvollziehbarer Lockdownregeln, drei Infektionswellen mit hohen Inzidenzraten und unklaren Aussichten, wie es mit der Eindämmung und der medizinischen Versorgung weitergehen soll. Die Mitte, die wir befragt haben, wurde zur Coronagesellschaft (Volkmer & Werner 2020). Sie war und ist gefordert durch politische, ökonomische, soziale, ökologische und – mit Blick auf die Pandemie – massive gesundheitsgefährdende Belastungen, die aus Krisen hervorgehen sowie in Krisen münden können; bei aller Vorsicht, die vor einem inflationären Gebrauch des Krisenbegriffs geboten ist (Merkel 2015). Die pandemiegebeutelte Mitte ist dabei mit Ungleichheiten und Ungleichwertigkeiten konfrontiert. Der Datenreport für das Jahr 2021 belegt auf der Grundlage zuverlässiger Sozialstatistiken, dass Corona die soziale Ungleichheit schon jetzt signifikant vergrößert hat (BpB 2021). Das Armutsrisiko stieg, die Belastungen durch die Coronapandemie sind ungleich verteilt. Erhebungen zum Homeoffice ergeben während des Frühjahrslockdowns 2020 im oberen Einkommensdrittel einen Homeofficeanteil von 20 %; im unteren Drittel betrug in rund der Hälfte der Jobs der Homeofficeanteil weniger als 6 %. Das Armutsrisiko ist besonders hoch für Alleinerziehende (41 %), Geringqualifizierte (35 %) und Menschen mit Einwanderungsgeschichte (29 %). Der Datenreport ermittelt auch, dass die Ungleichheit die Wahrnehmung von Gerechtigkeitsprinzipien verschiebt. Demnach empfindet nur knapp die Hälfte das eigene Bruttoeinkommen als gerecht. Die Mehrheit beurteilt Niedriglöhne als ungerecht. Und eine Mehrheit – in Ostdeutschland sogar 80 % – fordert den Staat auf, mehr zu tun, um

die Einkommensunterschiede zu verringern; 2002 waren es noch weniger als 50 %. Die *Ungleichwertigkeitskrise* wirkt sich auf den sozialen Vergleich zwischen Gruppen aus.

Von einer »mütenden Mitte« war und ist die Rede, also einer müden wie zugleich wütenden Mitte. Die Gesundheitsgefährdung und der maximale Schutz anderer vor der Pandemie setzten im Frühjahr 2020 ein immenses Vertrauen in die Regierung und den gesellschaftlichen Zusammenhalt wie auch ein ungeahnt hohes Maß an Solidarität und Hilfsbereitschaft frei. Es folgten die immer stärker und schwieriger nachvollziehbaren Coronaregeln, Abriegelungen und das weit-hin geteilte Gefühl von Freiheitseinschränkung, das mit der Pandemie verbunden war. In der vorliegenden Mitte-Studie 2020/21, also der repräsentativen Bevölkerungsumfrage unter 1.750 Befragten (alle Angaben zur Stichprobe ➡ Tab. 1.2.2, S. 38 f.), kommt das zum Ausdruck. Eine Mehrheit von 69,3 % gibt an, dass die *Coronapandemie ihr Leben negativ beeinflusst*, nur 7,4 % nehmen positive Wirkungen wahr und 22,5 % meinen, die Wirkungen seien weder gut noch schlecht.² Dass sich die *persönliche wirtschaftliche Lage* aufgrund der Pandemie verschlechtert, sorgt jedoch nur jede fünfte Person (23,2 %), 61,4 % haben weniger persönliche Sorgen und 14,9 % weder geringe noch große Sorgen. Das ist allerdings ganz anders, wenn es um das Land geht: 57,1 % meinen, sie hätten große Sorge, dass sich die wirtschaftliche Situation in Deutschland aufgrund der Coronapandemie verschlechtert. Nur 28,6 % geben geringe Sorgen an, 13,9 % meinen, sie hätten weder geringe noch große Sorgen. Jede zweite befragte Person sorgt sich also um die wirtschaftliche Situation des Landes. Und noch einmal deutlich anders sind die Sorgen, wenn die soziale Lage der Befragten beachtet wird. Befragte aus der niedrigsten Einkommensgruppe sehen größere persönliche Sorgen (41,8 %) als jene einer mittleren (22,2 %) oder höheren Einkommensgruppe (11,7 %). Und auch um die wirtschaftliche Zukunft des Landes machen sich in der untersten Einkommensgruppe mehr Menschen Sorgen (64,2 %) als jene aus mittleren (55,2 %) oder höheren Einkommensgruppen (52,3 %) (➡ Tab. A.1.1 i. Online-Anh.).

2 Zahlen gerundet, alle genauen Zahlen in Tab. A.1.1 i. Online-Anh.

Die Pandemie fordert die Mitte. Mehr als jede_r zweite (60,5 %) Befragte meint: »Die Coronapandemie ist eine Bedrohung für unser Land« (⇒ Tab. 1.1.1, S. 27). Diese Wirkungen der Pandemie sind dabei wiederum deutlich spürbarer in Gruppen, die stärker betroffen sind. In den unteren Einkommensgruppen empfinden 62,4 % der Befragten die Pandemie als nationale Bedrohung, dagegen nur 57,5 % der mittleren und 59,1 % der höheren Einkommensgruppen – ein kleiner Unterschied, aber die Frage war nicht die persönliche Betroffenheit, sondern die nationale Bedrohung durch die Pandemie.³ Noch deutlicher werden die Gefährdungen des Landes durch die *soziale Spaltung* in den unteren Einkommensgruppen wahrgenommen: 61,4 % aller Befragten nehmen die soziale Spaltung als Gefährdung für Deutschland wahr, aber es sind 71 % in den unteren Einkommensgruppen, während es in den mittleren und höheren Einkommensgruppen deutlich weniger Menschen gibt, die diese Gefährdung sehen (s. u.). Und auch die mit der Pandemie einhergehende *Vereinsamung* wird von 64,3 % der Geringverdienenden und weniger von den mittleren (41,8 %) oder höheren Einkommensgruppen (50,1 %) als Bedrohung wahrgenommen (weitere Bedrohungen ⇒ Tab. 1.1.1, S. 27).

Solche Sorgen entstehen im Zuge von sozialen Vergleichsprozessen. Werden Menschen nach den Bedrohungen gefragt, vergleichen sie sich mit anderen, und das tun sie auf der Grundlage ihrer Zugehörigkeit zu Gruppen. In den einkommensschwachen Gruppen meinen 16,6 % »die wirtschaftliche Lage der Deutschen ist im Vergleich zu den hier lebenden Ausländern« schlechter. Das meinen nur 8,5 % der mittleren und 7,6 % der höheren Einkommensgruppen. Die sozialen Ungleichheiten, die mit Ungleichwertigkeitserfahrungen einhergehen, erzeugen Vergleichsprozesse, die sich auf die Beurteilung von Minderheiten auswirken und eben auch Vorurteile hervorrufen können, wenn diese einer positiven Abgrenzung und einer Aufwertung der als ungerecht behandelten eigenen Gruppe dienen können. Die Pandemie erreicht die Mitte, indem sie Ungleichheiten sichtbar macht und Ungleichheitswahrnehmungen befördert, die in Ungleichwertigkeitsvorstellungen münden können.

3 Einkommensschwache Gruppen (n = 157): ≤ 70 % des Medians des Äquivalenzeinkommens; mittel (n = 817): 70 % bis < 150 % des Medians; hoch (n = 475): ≥ 150 % des Medians.

Wie bedeutsam die Frage der Gleichwertigkeit ist, zeigt die Mitte-Studie 2020/21, deren Ergebnisse die folgenden Kapitel prägen. In der Umfrage stimmten 87,3 % der Aussage zu: »In einer Demokratie sollten Würde und Gleichheit aller an erster Stelle stehen«; 7,1 % meinten »teils/teils« und nur 5,1 % meinen, das »trifft nicht zu«. Was aber, wenn die Belastungen der Demokratie, insbesondere Hass und Menschenfeindlichkeit sowie die soziale Ungleichheit, den Imperativ der Mitte unterlaufen? Das kann die Mitte in ihrer Identität, ihren Interessen und Werten erschüttern. Mindestens gefordert ist sie dann, wenn sie die Tore öffnet für Populismus und Extremismus, weil diese einen »völkischen Vorteil« versprechen.

Dass demokratische Gesellschaften anfällig sind, auch wenn sie es nicht sein sollten, oder dies dem Selbstbild widerspricht, muss ihnen klar sein. Sie sind integrativ. Sie legen einen hohen Maßstab an die Teilhabe und zugleich suchen sie maximale Toleranz gegenüber konfliktären Meinungen, Identitäten und Wertvorstellungen. Krisen bedrohen diese Integrationsfähigkeit auf vielfältige Weise und tangieren die Idee der integrativen Gesellschaft insbesondere in ihrem Grundprinzip der Gleichwertigkeit aller Menschen. Das wird im Frühjahr 2020 zum Beispiel deutlich an den Debatten um die Geschlechtergleichheit, Fragen an den Klimawandel und die Klimagerechtigkeit oder Fragen zur Beteiligung von diversen Gruppen. Daran entzünden identitätspolitische Konflikte und Versuche des Populismus, Kapital aus den Themen zu schlagen. Das tun sie, indem sie zum Beispiel die Vorrechte der Etablierten und Alteingesessenen garantieren. Vorurteilmuster und rassistische Einstellungen, wie sie in Kapitel 6 berichtet werden, zeigen auch das: Die Zustimmung zum Vorurteil verspricht die Beibehaltung des Privilegs.

Teilhabe- und Inklusionskrisen zeigen ihre Wirkungen auch im *Zusammenhalt* der Gesellschaft. Mehr als ein Drittel (34,3 %) der Befragten in der Mitte-Studie 2020/21 sehen den Zusammenhalt der Deutschen gefährdet, 30,9 % stimmen noch »teils/teils« zu und 31,5 % teilen diese Ansicht nicht. Je stärker die Mitte ihren Zusammenhalt gefährdet sieht, desto eher meint sie auch, »zu viele kulturelle Unterschiede schaden dem Zusammenhalt« (vgl. dazu auch ➡ Kap. 4, S. 141 ff. u. 6, S. 181 ff. ff.).